bz REGION
BASEL-STADT, BASELLAND, SCHWARZBUBENLAND

Basler Senioren fühlen sich ver-bebbi-seggled

Neues Abfallkonzept Ein versprochener Dialog zwischen Kanton und Seniorenvereinigung fand nicht statt

VON MORITZ KAUFMANN

Der Kanton möchte die Bebbi-Säcke von der Strasse verbannen – Senioren wollen sie aber weiter vor ihrer Haustüre deponieren können. KEY

An der Basler Fasnacht war das Baudepartement Sujet Nummer eins. Über kaum etwas nervten sich die Baslerinnen und Basler so sehr wie über die vielen öffentlichen Baustellen. Eine Woche später präsentiert das Baudepartement bereits das nächste Grossprojekt, welches in der Stadt für Ärger sorgen dürfte. In Zukunft soll nicht der Müllmann vorbeikommen, um den Bebbi-Sagg mitzunehmen. Die blauen Säcke sollen stattdessen von den Verursachern selbst zu einem der geplanten 660 Container getragen werden (bz von gestern).

Diese Nachricht stösst die Senioren in der Stadt vor den Kopf. «Man hat die älteren Leute vergessen», reklamiert Valérie Hinners, Co-Präsidentin der Grauen Panther Nordwestschweiz. Vor vier Jahren, als die Idee eines flächendeckenden Containersystems aufkam, suchte sie das Gespräch mit den Behörden. Der damalige Leiter der Basler Stadtreinigung schrieb ihr: «Im Moment sammeln wir unsere Erkenntnisse. Diese werden wir Ihnen im Sinne eines Dialogs zukommen lassen.» Das passierte jedoch nie. «Wir sind davon ausgegangen, dass die Sache vom Tisch ist», sagt Hinners, «und jetzt werden die Container mit einem Paukenschlag eingeführt.» Sie fühlt sich entsprechend «verseggled».

Einsprachen gegen Container

Für Hinners ist klar: Das neue Konzept wird vielen Älteren – aber auch Jüngeren mit Gehproblemen – das Leben erschweren. «Der Kanton sagt, dass wer einkaufen könne, auch einen Abfallsack zur Entsorgungsstelle tragen kann.» Doch das stimme nicht. «Ein Brot und eine Butter kann man sich gut an die Krücke hängen», erklärt Hinners. Ein voller Abfallsack sei dafür zu schwer. Hinners fordert deshalb, dass es für ältere Leute auch in Zukunft möglich sein soll, dass der Abfall zu Hause vor der Haustür abgeholt wird. Ansonsten müssten die Grauen Panther prüfen, ob man politisch aktiv werden soll.

Einigermassen erstaunt reagiert hat man auch beim Basler Heimatschutz auf die Pläne des Kantons. Die unterirdischen Container werden in den kommenden Jahren nämlich zu Hunderten neuen Baustellen in der Stadt führen. Ziel des Kantons ist es, dass man nie weiter als 100 Meter laufen muss, um den Bebbi-Sagg zu entsorgen.

«Wie soll das beispielsweise auf dem Münsterplatz aussehen?», fragt Robert Schiess, Präsident des Basler Heimatschutzes. Noch wisse er zu wenig über die Pläne des Kantons. Schiess kündet aber an, sich die Pläne genau anzuschauen und nötigenfalls Einsprache gegen die neuen Abfall-Container zu erheben.

Beim Kanton reagiert man gelassen auf diese Bedenken. «Wir halten 100 Meter Laufdistanz für zumutbar», erklärt André Frauchiger, Sprecher des Basler Tiefbauamts. Eine spezielle Abfallabfuhr für Senioren und Behinderte sei nicht vorgesehen. Auch werde man «selbstverständlich» denkmalschützerische Aspekte berücksichtigen. Dank der Container würden in Zukunft dafür «keine wüsten Abfall-Säcke mehr auf der Strasse liegen». Frauchiger hatte gestern viele Telefonate von besorgten Bürgern zum neuen Konzept zu beantworten. «Das ist immer so, wenn man etwas flächendeckend einführt», sagt er.

Neue Aufgabe für die Spitex

Erst muss das neue Konzept aber noch durch den Grossen Rat, welcher die Investition von 26,5 Millionen Franken genehmigen muss. Auch dort dürften hitzige Debatten bevorstehen. «Für mich ist dieses Konzept nicht kundenfreundlich», sagt etwa GLP-Grossrat Emmanuel Ullmann. In einer Dienstleistungsgesellschaft erwarte der Bürger, dass er den Abfall möglichst bequem – eben vor der eigenen Haustüre – entsorgen könne. Zudem teilt Ullmann die Bedenken der älteren Leute. «Wird das so umgesetzt, hat die Spitex ein neues Betätigungsfeld.»

Seniorin Hinners hat selbst Probleme mit den Knien. «Bei schweren Lasten tut es weh», sagt sie, die die Vorteile des neuen Konzepts – Abfall rund um die Uhr entsorgen, keine Bebbi-Säcke auf den Strassen, insgesamt weniger hohe Kosten – durchaus anerkennt. Sie sagt aber: «Beamte vergessen, dass sie selber auch mal alt werden.»

Grossräte erlauben zusätzlichen Batzen für Regierungsräte

Honorare SVP-Grossrat Joël Thüring wollte, dass Basler Regierungsräte und Staatsangestellte ihre Nebeneinkünfte abliefern – und ist damit gescheitert.

VON MARTINA RUTSCHMANN

Ausgerechnet die SP! Die Sozialdemokraten schreien sonst am lautesten, wenn es um Lohn geht, um zu viel Lohn. Doch gestern zeigte die SP-Fraktion im Grossen Rat ein anderes Gesicht. Sie lehnte eine Motion ab, die verlangte, dass Nebeneinkünfte von Regierungsräten und Staatsangestellten in die Staatskasse statt in die eigene Tasche fliessen sollen.

Die Regel hätte auch für Mitglieder von Kommissionen und Institutionen gelten sollen, an denen der Kanton beteiligt oder interessiert ist. Die Forderung gehe zu weit, fand die SP. Bloss, weil bei Regierungsrat Carlo Conti (CVP) mit den Nebeneinkünften nicht alles richtig lief, müsse man jetzt nicht alle bestrafen, sagte SP-Grossrat Pascal Pfister. Aber: «Natürlich ist es wichtig, dass die Regeln eingehalten werden.» Generell fügte er an: «Wer wegen des Geldes Regierungsrat ist, hat den Beruf verfehlt.»

Weiter 20 000 in den eigenen Sack

Wahrlich, wegen des Geldes wird kaum jemand Regierungsrat, wenn er in der Privatwirtschaft das x-fache verdienen könnte. Umso wichtiger sei es, Honorare für Jobs ausserhalb der eigentlichen Regierungsratsarbeit wie bisher behalten zu können, sofern diese nicht höher als 20 000 Franken im Jahr sind – zumal solche Mandate aufwendig seien. Wer sich zusätzliche Arbeit aufbürde, habe das Recht, dafür entschädigt zu werden. So die Haltung der Liberalen.

Diese deckte sich allerdings nicht mit der grossen Mehrheit der Fraktion der liberalen Kollegen der FDP. Grund: Die Motion sei eine «populistische Reaktion» auf die Vorkommnisse rund um die Honorare von Regierungsräten. Klarheit, Transparenz und Gerechtigkeit müssten her. Die Betroffenen erhielten genug regulären Lohn, um sämtliche Tätigkeiten abzudecken. Darum: Ja zur Motion.

Der FDP-Appell brachte nichts: Die Motion wurde mit 40 zu 25 Stimmen und 13 Enthaltungen nicht überwiesen. Jetzt bleibt alles, wie es war.

«Nebenmandate gehören zum Job»

Und das, obwohl sich Verfasser Joël Thüring ins Zeug legte, indem er mit Beispielen veranschaulichte, worum es ihm geht: «Wenn ein Regierungsrat im Verwaltungsrat der Messe Schweiz sitzt, tut er das, eben weil er Regierungsrat ist», argumentierte Thüring. Ergo gehörten solche Mandate zum Job und dürfen nicht zusätzlich zum Lohn entgeltet werden. Regierungsrätin Eva Herzog (SP) hatte vor der Abstimmung gesagt, die Regierung sei bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen, ohne sie inhaltlich zu unterstützen. Mühe hätte sie dann, wenn der Motion der Vorwurf der Abzockerei zugrunde liegen würde. Thüring wies den Vorwurf vehement zurück.

Die Debatte wurde in anderen Kantonen bereits geführt – in Solothurn sogar mit Konsequenzen: Am Dienstag hat der Kantonsrat beschlossen, dass Regierungsmitglieder und Staatsangestellte alle Honorare, die sie als Vertreter des Kantons in öffentlichen und privaten Unternehmen erhalten, voll abliefern müssen. Die gleiche Regel gilt seit Dezember 2013 im Kanton Baselland.

BASELLAND: ALLE HONORARE FLIESSEN NEU IN DIE STAATSKASSE

Im Gegensatz zu Basel-Stadt sollen im Baselbiet die Regierungsräte künftig **keine Honorare** aus Nebentätigkeiten mehr einstreichen. Die Baselbieter Regierung hat am selben Tag im Dezember, als die **Honorar-Affäre** mit überhöhten Bezügen bekannt wurde, eine Nulllösung präsentiert: Demnach müssen künftig Regierungsräte und alle anderen Staatsangestellten alle Honorare, Spesen und Sitzungsgelder von Mandaten, die im Zusammenhang mit ihrer Funktion beim Kanton stehen, abgeliefert werden. Die Regierung kündigte zugleich an, **rückwirkend für 2013** sämtliche Entschädigungen freiwillig an die Staatskasse weiterzuleiten. Vor Weihnachten deckte die Finanzkontrolle auf, dass mehrere **ehemalige Regierungsräte** und Chefbeamte Honorare über **320 000 Franken** entgegen der Vorschrift in die eigene Tasche gesteckt hatten. Dazu läuft eine **strafrechtliche Untersuchung**. Kritisiert wurde auch die Höhe der Sitzungsgelder – etwa an Regierungsrat **Urs Wüthrich**. Im Gegensatz zu den Honoraren wurde hier nicht gegen geltende Regeln verstossen; diese waren bisher schwammig. Eine Expertise schafft nun Klarheit. (HAJ)